

200. Jahrgang.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

J. 196.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalb Pfennig für die Stadt Posen 1½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 19. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Announce-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, Minden,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Dahle & Co.,
Haarlestein & Vogler,
Adolph Wesse.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1877.

Insette 20 Pf. die sechsgeschaltete Seite oder deren Maße, wenn sie verhältnismäßig höher sind, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. März. Der König hat den außerord. Prof. Dr. Alphon Oppenheim in Berlin zum ordentl. Prof. in der phil. Fakultät der Academie zu Münster ernannt.
Der ord. Professor Dr. Burchard in Kiel ist in gleicher Eigenschaft in die juristische Fakultät der Universität zu Greifswald versetzt. Der bisherige Rektor und kommiss. Kreis-Schulinspektor Hermann Lüft in Rogasen zum Kreis-Schulinspektor im Reg.-Bezirk Posen, der prakt. Arzt Dr. Döblin zu Bernkastel zum Kreisphysikus des Kreises Bernkastel, der Kreisrichter Dr. Billowksi in Coerden zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Gardelegen und zugleich zum Notar im Depart. des Appell.-Ger. zu Magdeburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gardelegen, ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung.

Berlin, 17. März, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Fürst Bismarck, Hofmann, Stephan, Herzog von Pommern-Esche u. A. Präsident von Forckenbeck: Der Reichstag hat stets, wenn er am 22. März verfammt war seine feierliche Glückwünsche zum Geburtstage Sr. M. durch das Präsidium aussprechen lassen. S. M. der Kaiser und König feiert am bevorstehenden 22. März seinen 80. Geburtstag. Mit Rücksicht hierauf erlaube ich mir vorzuschlagen, den Gesamtvorstand des Reichstages, also die Präsidenten, Schriftführer und Dästoren, sowie die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Abteilungen zu beauftragen, die Glückwünsche des Reichstages auszusprechen. — Das Haus genehmigt diesen Vorschlag.

Vom Abg. v. Magazin ist ein Antrag eingebracht worden, betreffend die Zurücknahme der Requisition des Oberpostdirektors zu Bromberg, welche die Inhaftierung des Dr. Kater zur Folge hatte. Derselbe ist unterstützt von Mitgliedern der Fortschrittspartei und des Zentrums und sämtlichen Polen. Irrthümlich befindet sich der Name des Abgeordneten Dernburg (Hauptredakteur der Nationalzeitung) darunter, wie derselbe in einer berichtigenden Bemerkung vor der Lagesordnung konstatiert.

Erster Gegenstand der Lagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen; dessen einziger Paragraph folgendermaßen lautet: „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen können mit Zustimmung des Bundesraths und ohne Mitwirkung des Reichstages vom Kaiser erlassen werden, wenn er durch den kaiserlichen Erlass vom 29. Oktober 1874 eingefestigte Landesausschüsse denselben zugesimmt hat.“

Direktor des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen Unterstaatssekretär Herzog: Das vorliegende Gesetz hat eine sehr verschiedene Beurteilung erfahren. Der Landesausschuss von Elsaß-Lothringen hat es einstimmig gut gegeben, jedoch nur als eine Abstagszahlung bezeichnet. Bei der letzten Staatsberatung hier im Reichstage wurde es von der rechten Seite des Hauses ein gewagter Schritt, von der linken aber geradezu eine Rückflucht zur Diktatur genannt. Die Regierung ist diesen entgegengesetzten Urtheilen gegenüber der Überzeugung, daß sie sich mit dieser Vorlage auf dem richtigen Wege befindet, und sie gibt sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag nach jüngster Prüfung ihr zustimmen und das Gesetz genehmigen werde. Meine Herren, bekanntlich hat das Gesetz vom 9. Juni 1871, betr. die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem deutschen Kaiser, vorher, daß nach Einführung der Verfassung bis zur anwalteten Regierung dem Kaiser das Recht der Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen auch in den der Reichsgezegung nicht unterliegenden Angelegenheiten zu stehen sollte. Dem entsprechend sind seit dem 1. Januar 1874 die Landesgesetze für Elsaß-Lothringen unter Mitwirkung des Bundesraths und des Reichstages erlassen worden, jedoch nach der mittleren kaiserlichen Erlasses vom 29. Okt. 1874 erfolgten Einrichtung des Landesausschusses mit der Maßgabe, daß diesem vorher die Entscheidung der beiden letzten Jahre haben indeß eklatant ergeben, daß der Reichstag durch die Beratung sämtlicher Elsaß-Lothringenischen Landesgezeg in hohem Maße beschwert und belastet und an der Errichtung seiner eigentlichen Aufgaben verhindert werde, während andererseits der Landesausschuss seine Aufgaben im Allgemeinen richtig verfügt und in Elsaß-Lothringen immer mehr an Einfluß und Bedeutung gewonnen hat. Man empfand es deshalb auch als eine Rücksicht, daß die inneren Angelegenheiten des Landes im Reichstage durch die Vorlage nicht wesentlich verändert, in erheblichem Maße dagegen das Verhältniß der Regierung und des Landesausschusses bestrebt. Die Mitwirkung des Reichstages soll nicht mehr notwendig sein, wenn Regierung und Landesausschuss übereinstimmen. Der Landesausschuss tritt somit, wenn er seine Zustimmung gegeben hat, an die Stelle des Reichstags, ertheilt er diese aber nicht, so ist die Regierung genötigt, sich an den Reichstag wie an eine Art Appellanz zu wenden. Ich räume ein, daß das Haus durch Annahme dieses Gesetzentwurfs sowohl dem Landesausschuss als auch der Regierung ein Vertrauensvotum gebe. Ich möchte aus einzelnen Sätzen schließen, daß die Neigung dazu nicht besonders scharf ausgesprochen ist, und entnehme daraus die Notwendigkeit, für beide Parteien ihre Aufgabe mit großer Einsicht, mit Bosonnenheit und Takt erfaßt und gelöst hat derart, daß in der Regel die Regierung ihren Anträgen folge zugeben im Stande war. Der Reichstag selbst hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß nach seinem bisherigen Verhalten der Landesausschuss vollen Anspruch auf Vertrauen sich erwarten hat. Was nun das Vertrauen betrifft, daß die Regierung in Anspruch nimmt, so begreife vollkommen, daß namentlich für Juristen die Vorlage in der Kürze und scheinbaren Kürzigkeit ihrer Formulierung etwas geradezu Unheimliches hat, sie ist, wenn ich sagen darf, eine Art homunculus, von dem man noch nicht weiß, welches Unheil er möglicherweise in die Welt setzt. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, die Regierung hätte selbst gern gewünscht, daß es ihr möglich gewesen wäre, eine geringere Vollmacht und in engeren Grenzen von Ihnen fordern zu

müssen, als es in dieser Vorlage geschieht; sie konnte aber nicht anders, wenn sie vorsichtig handeln wollte, und eine solche Vorsicht war dringend geboten. Meine Herren! Es vollzieht sich zweifellos ein Umschwung in der Meinung der Bevölkerung, von der ein großer Theil sich daran gewöhnt, geschickliche Thatsachen für unabänderlich zu nehmen und allgemein müde zu werden, daß seine heimischen nächsten Interessen durch unfruchtbare Fronten Preis gegeben werden. Es sind wenige Tage her, daß in diesem Hause der Abgeordnete für Mecklenburg bei Gelegenheit der Staatsdebatte zu Ihnen gesprochen hat. Er sprach sich dahin aus, daß Elsaß-Lothringen sich selber übergeben werden solle. Die letzten Reichstagswahlen hätten erwiesen, daß der größere Theil der Bevölkerung auf den Gesinnungen verharre, die sie im Jahre 1874 ausgesprochen habe. Dieser Gesinnung hat der Protest Ausdruck gegeben, der im Jahre 1874 von dem Abg. Teutsch von dieser Tribüne gesprochen worden ist. Wenn auch die Form, in welcher der Abgeordnete für Mecklenburg diesen Protest wiederholt hat, um vieles matter und abgeschwächt war als diejenige, welche damals der Abg. Teutsch dem Reichstage zu bieten wagte, so ist doch in der Sache nichts geändert. Elsaß-Lothringen sich selbst wiedergeben oder sich selbst überlassen, kann im Sinne des Redners nichts Anderes heißen, als es von dem deutschen Reich wieder loszutrennen; denn sonst hätten diese Worte überhaupt keinen Sinn. Ich würde den Herrn Abgeordneten beleidigen, wenn ich nicht annähme, er habe diesen Protest ausgesprochen, um eine Ehrenpflicht gegen seine Wähler zu erfüllen, deren Ansicht er nicht teilt. Er kann ebenso wenig als ein politischer Mann erwarten, daß wir seine Worte nicht ernsthaft nehmen, daß wir sie als bloße Phrase betrachten sollen, hinter der nicht die Absicht stecke, zu gegebener Zeit unter günstigen Umständen auch dieser Abhöhung entsprechend zu handeln. Der Reichstag hat diese Rede stillschweigend hingenommen. Er hat recht daran gehabt; er wird sie aber nicht ignorieren dürfen, wenn er über die politische Vertretung des Landes einen Beschluß fassen soll, in welchem unter Umständen, die wir nicht beherrlichen können, die Auffassung, vor welcher der Abgeordnete für Mecklenburg ausgeht, die Oberhand gewinnt. Der Reichstag wird in Folge dessen auch davor nicht zurücktreten dürfen, der Regierung eine etwas stärkere Vollmacht in die Hand zu geben, als unter andern Umständen sie selbst vielleicht von Ihnen fordern würde. Wir geben in der politischen Gestaltung des Landes nothwendig schriftweise vor und müssen diese Schritte mit Vorsicht thun, denn wir dürfen niemals einen Schritt wieder zurücktun, den wir gethan haben. (Sehr richtig! links.) Ich bitte Sie, der Regierung das Vertrauen zu schenken, daß sie die Erfahrung ihres Schrittes gewissenhaft erwogen hat und daß sie die Verhältnisse des Landes so weit kennt, um in richtiger Voraussicht ihre Maßnahmen zu treffen. Das Gesetz hat einen großen moralischen Werth. Es gibt dem Lande einen Ausdruck des Vertrauens, daß die Regierung und der deutsche Reichstag in die gefundene Entwicklung des Landes fest und schon von diesem Vertrauen, von dem ich hoffe, daß es auch im Lande verstanden werden wird, erwarte ich Segen für das Land, Ich bitte Sie, das Gesetz anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Bergmann (Autonomist): Der vorliegende Gesetzentwurf soll uns Gelegenheit geben, einerseits dem Reichstage und der Reichsregierung eine klare und möglichst wahrheitsgetreue Schilderung dermaligen Zustände in dem Reichslande zu liefern, sowie andererseits die Stellung zu bezeichnen, welche wir nicht nur diesem Entwurf, sondern auch der ganzen staatlichen Entwicklung unseres engeren Vaterlandes gegenüber einnehmen gedenken. Zuerst muß man anerkennen, daß die heutigen Wahlen, welche speziell im Niederrhein der sogenannten Autonomistenpartei den Sieg verschafft haben, in den anderweitigen Wahlbezirken, wenn sie auch mehr oder weniger von Gefühlspolitik beeinflußt waren, doch immerhin Vertreter in das Parlament gesucht haben, welche sich mit den Bedürfnissen und Interessen Elsaß-Lothringens, resp. des Reiches eingehend beschäftigt haben. Auf dieser Bahn fortzuschreiten, werden die Ereignisse immer mehr und mehr drängen. Diese praktische Ansicht hat sich schon zur Zeit der größten Erregtheit der Gemüther gleich nach Beendigung des Krieges deutlich und gegeben, als im Jahre 1871 sämtliche Bürgermeister und Notabeln des Elsaßes in Kolmar und Straßburg zusammentraten, um die Wünsche für die Landesverwaltung Elsaß-Lothringens aufzustellen, welche im Wesentlichen das Programm der Autonomistenpartei bilden. Wenn es auch angemessen war, daß die erste Kundgebung der Vertreter der Reichslandschaft bei ihrem Eintritt in den Reichstag das Gepräge der schmerzlichen Rückinnerung an ein verlorenes Vaterland trug, so kann man doch fragen, warum dieselbe Kundgebung im Jahre 1874 eine nahezu vollständige Unbedeutung an den Landesinteressen seitens jener Vertreter nach sich zog und solche zum System erhob. Zur Zeit der Annexion bestand das Elsaß aus drei Departements und man trug sich mit dem Gedanken, dieselbe einzeln an verschiedene Bundesstaaten zu verteilen. Die vorerwähnte Versammlung der Bürgermeister und Notabeln des Elsaß sandte eine Deputation nach Berlin, welche die Wünsche der Versammlung zur Kenntnis der Reichsregierung bringen sollte. Diese Wünsche bezwanden Nichttrennung des Elsaß-Lothringischen Gebietes, möglichst ausgedehnte Autonomie der Provinzen oder des Staates Elsaß-Lothringen und Vertretung beim Reichstage und Bundesrathe, Landesvertretung mit weit ausgedehnterer Vollmacht als jene der früheren Generalräthe, Beibehaltung des Code civil und der Gerichtsverwaltung mit eingeborenen Beamten, Amnestie für die auf den Krieg bezüglichen Handlungen und politischen Vergehen, Einrichtung des höheren Unterrichts durch Errichtung einer Universität und Organisation des Sekundärunterrichts ohne Rücksicht auf Scheidung der Konfessionen. (Beifall.) Die Aufnahme der Delegirten in Berlin war eine außerordentlich zuvor kommende bis in die höchsten Kreise der Regierung hinauf. Der Reichskanzler insbesondere sprach sich bei verschiedenen Gelegenheiten eingehend über die Notwendigkeit geregelter Zustände in dem Lande aus und folgende Aussichten, welche seine ausgezeichnete Menschenkenntnis, sowie seine richtige Auffassung der Zustände in hohem Grade befunden, und welche damals vom Parlamente mit Beifall aufgenommen wurden, sich seither als wahre Prophezeiungen erwiesen. Er wies auf den Particularismus hin, den Elsaß-Lothringen sich während seiner zweihundertjährigen Zugehörigkeit zu Frankreich konservert habe, und dessen Pleige die Aufgabe der deutschen Politik sei. Er wies ferner darauf hin, daß man die Meinung der Bewohner Elsaß-Lothringens nur durch die Anordnung allgemeiner Kommunalwahlen und durch Einberufung der Generalräthe erfahren könne, welche jedenfalls besser über die Bedürfnisse ihrer speziellen Landsleute orientiert seien, als dies von Spezialkommissarien geschehen könnte. Er stieß keineswegs an, die Kommunalbeamten aus den Wahlen der Bevölkerung herzugeben zu lassen. Zwar sei die Gefahr, welche daraus entstehen könne, nicht zu unterschätzen, aber sie stehe in keinem Vergleich zu derjenigen, welche durch Missgriffe, falsche Konsequenzen und falsche Auffassungen der mit den Verhältnissen des Landes nicht genügend bekannten dorthin gesandten

Beamten hervorgerufen werden könnten und wahrscheinlicher Weise auch würden. Das waren goldene Worte und ich will damit die Praxis vergleichen. Man hätte eigentlich an dem längst bestehenden nur mit Vorsicht rütteln und nur im Interesse einer guten Verwaltung unmöglich Änderungen treffen dürfen. Bei eingreifenderen Umwandlungen mußte man die Bewohner des Landes hören und durfte das Reichsland nicht zu einem Experimentalgebiet für mit den Verhältnissen unbekannte Beamte machen, welche honora-fide arbeiteten, eines Theils um Karriere zu machen, anderen Theils aus Eigentheil, weil sie in der vorgefassten Meinung kamen, die ihrer Meinung nach absolut schlechte französische Verwaltung zu korrigieren. Das einheitliche Regiment unter solchen Umständen nicht zu Stande kommen konnte und die Befürchtungen des Reichskanzlers eingetragen mussten, ist natürlich. Andererseits sind den deutschen Regierungen durch den plötzlichen Abgang tüchtiger Beamten in allen Verwaltungszweigen Mißstände erwachsen. Wenn wir nun außerdem alle die nicht zu rechtfertigenden Änderungen auf politischem, polizeilichen und wirtschaftlichen Gebiete aufzählen wollen, welche in vielen Fällen das Gepräge der Überführung trugen und noch tragen und welche der Bevölkerung auferlegt wurden, wenn wir das beständige Schwanken zwischen zweierlei Geisetzung und Justizpflege, der deutschen und französischen Bedenken, wenn wir die tief gehende Neuerung der allgemeinen Wehrpflicht beifügen, welche die jungen Leute massenhaft zum Lande hinaustrieb, wenn wir endlich noch der Option erwähnen, deren Folgen auf die Rechts- und nationale Stellung der Provinzen mehrmals auf eine vollständig klare Weise der Bevölkerung mundgerecht gemacht wurden und die dermalen bestehenden beständigen Zustände herborgerufen haben, so darf es durchaus nicht befremden, daß im Jahre 1874 die Form der ersten Kundgebung die des puren Protests und eines düsteren Ablehnens an weiterer Beteiligung an den Landesinteressen gewonnen hat. Dieses zeitweilige Verharren der Bevölkerung in einer pessimistischen Auffassungsweise, welches hauptsächlich durch die von mir charakterisierte Umstände herborgerufen wurde, hat, wie der Reichskanzler richtig vorausgesagt, das Misstrauen in den Tendenzen der Verwaltung gesteigert und die Verlängerung des Provisoriums verstärkt, andererseits aber auch das Schüren der Misstrauensfeinde in der Bevölkerung durch auswärtige Einflüsse begünstigt. Der praktische und gemäßigte Sinn der Bevölkerung zeigte sich aber auch gleich wieder, als die Regierung mit der Berufung der Bezirksräthe, der Kreisräthe und des Landesausschusses vorging. Das Bestreben nach gleichen Rechten bei gleichen Lasten, nach Dezentralisation und einheimischer Selbstverwaltung befundet sich besonders bei den letzten Reichstagswahlen und den vorhergegangenen Gemeinde-Bezirksstagswahlen. Wenn ein Volk, sei es groß oder klein, nicht verkümmern soll, ist es unmöglich, auf die Dauer ein Provisorium hinsichtlich seiner politischen Stellung inne zu halten, noch viel weniger die Bevölkerung an eine Menge von Verwaltungsinstanzen zu verweisen, wie z. B. das Reichsland Elsaß-Lothringen an den Kaiser, den Bundesrat, den Reichskanzler, das Reichskanzleramt, den Oberpräsidenten und die verschiedenen Unterinstanzen der Bezirkspräsidenten, Kreisdirektoren, Polizeikommissare u. s. w. Alle diese nicht mit den Bedürfnissen in richtigen Verhältnissen stehenden Verwaltungsinstanzen hemmen den Gang der Geschäfte und bringen naturgemäß das Gefühl der Unstätigkeit in der Bevölkerung hervor. Solcher Verwaltungsapparat ist sehr kostspielig, die mittleren Instanzen gerathen öfters in Konflikt mit den ihnen vorgeordneten und die Bevölkerung wird dann nicht klug über die Zuständigkeit der Behörden. Diesen Mißständen muss nothwendigerweise bald abgeholfen werden; ist das geschehen, dann wird die Misstrauensfeinde in großem Maße schwinden. Die Regierung muß in dieser Richtung vorgehen. Wenn die Organisation des Landes eine definitiv geregelt sein wird, mit dem Sitz und den Bedürfnissen der Verwaltung im Wesentlichen im Lande, verstärkt sich in der Bevölkerung das Gefühl der Selbstständigkeit und fremde Einflüsse bleiben unbeachtet; durch Vorenhaltung der Rechte wird aber das Misstrauen geschürt und die Zustände verschlimmt; eine Entlastungspolitik würde sich entwickeln. Hoffen wir, daß diese wahrheitsgetreue Darlegung der Sachlage den von uns gewünschten Erfolg haben möge. Ich komme auf den vorliegenden Gesetzentwurf. Daß das Misstrauen in die Bevölkerung nicht gerechtfertigt ist, erkennen die Motive an. Da der durch kaiserlichen Erlass eingesetzte Landes-Ausschuss auf keiner geleglichen Basis beruht, ist der Reichstag mit exklusiv Elsaß-Lothringen Angelegenheiten belastet. Diese Last will die Vorlage durch Erweiterung der Kompetenz des Landes-Ausschusses mindern und dadurch eine Beschleunigung und Vereinfachung der legislativen Arbeiten des Reichstages herbeiführen. Der Gesetzentwurf ist vom Landesausschuss einstimmig angenommen und da unser Bestreben darauf hingibt, jede Entwicklung dieses Instituts zu fördern, werden wir der Vorlage zustimmen, nicht als ob wir in diesem Projekt das Endziel der Wünsche unseres Landes erblicken, aber in der festen Zuversicht, daß es uns in möglichst kurzer Frist zu einer weiteren Entwicklung in dem Sinne der staatsrechtlichen Stellung und der Selbstverwaltung des Landes führen wird. (Beifall.) In dieser Hinsicht hat sich der staatsmännische Scharfsinn des Fürsten Bismarck ebenfalls bewährt. Derselbe bezeichnete es als einen Fehler, im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern die Elsaß-Lothringen in ihren lokalen Angelegenheiten durch den Reichstag bevormunden zu lassen, zumal da die Reichsländer ausgetragene Kinder seien. (Heiterkeit.) Wir bitten den Reichstag, diese Worte zu beherzigen. Es bestehen jetzt in dem Reichslande zwei entgegengesetzte politische Strömungen, eine verhönlische und eine ihr entgegengesetzte. Die erstere wählt eine definitive Regelung der Landesangelegenheiten; die letztere scheint ihr eher zu widerstreben. Diese letztere hat es auch herbeigeführt, daß die Stadtverwaltung legtlich in Metz und Colmar wie früher schon in Straßburg in kommissarische Hände übergegangen ist. Darauf machen wir die Reichsregierung aufmerksam. Nach den letzten Wahlen scheint es uns nothwendig, daß die Ausnahmefälle bestätigt und normale in Bilde hergestellt werden müssen. Zu diesen Ausnahmen kann auch der § 10 des Gesetzes über die Verwaltung von Elsaß-Lothringen gerechnet werden, welcher, obgleich davon ein beschränkter Gebrauch gemacht worden, doch den Anschein der Diktatur aufrechterhält. Auch die brennende Opitantenfrage muss bald in jeglicher Hinsicht befriedigend gelöst werden. Schließlich darf ich nicht verhehlen, daß die deutsche Polizeipolitik mannsfache Bedenken in Hinsicht auf die Förderung der nationalen Arbeit hervorruft und ernste Besorgnisse sich kundgeben über die Zukunft nicht allein unserer bis jetzt blühenden Industrie, sondern der Industrie des gesamten deutschen Reiches. Das Opfer der Handelsgerichte sowie eines bewährten Eisenbahntarifsystems hat ebenfalls im Volke empfindlich berüttelt. Indem wir der gegenwärtigen Vorlage als einem behutsamen Schritt vorwärts zustimmen, gehen wir von der Voraussetzung aus, daß sowohl der Reichstag wie die Regierung zu der Überzeugung kommen werden, daß zum Wohle unseres engeren Vaterlandes die defir-

Regelung der staatsrechtlichen Stellung nicht mehr lange ausbleiben darf und daß besonders der komplizierte und kostspielige Verwaltungsapparat für Elsaß-Lothringen schleunigst vereinfacht werden müßt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Simonis: Ich habe heute eine wirkliche Freude darüber empfunden, daß uns mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das Bugeschäft gemacht worden ist, daß unser bisheriges Verhalten hier im Reichstag durchaus korrekt gewesen ist. (Widerspruch), denn wir haben stets betont, daß die Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten für den Reichstag eine zu weitliegende Aufgabe seien, als daß er sie richtig bearbeiten könnte, und dieselbe Sprache wird jetzt von der Regierung geführt. Ich danke dafür dem Herrn Unterstaatssekretär. Ich habe mich andererseits auf die heutige Debatte gefreut, weil ich diese Stelle für geeignet halte, wo sich alle Parteien vereinigen können, um das Wohlwollen, welches man uns bisher in Worten stets versprochen hat, durch Handlung praktisch werden zu lassen. Noch immer sieht das Land unter dem eisernen Foch der Diktatur (Unruhe) und von keiner Seite ist von der Regierung eine Maßregel ergripen worden, welche auf eine verhältnisvolle Stimmung schließen lassen könnte; so bin ich denn auch nicht in der Lage, großartige Hoffnungen zu hegen. Es kommt aber noch ein anderer Grund hinzu, welcher geeignet ist, mich mißtrauisch zu machen. Nach den Ausführungen des Unterstaatssekretärs soll mit diesem Gesetz der Schwerpunkt der Verwaltung von Berlin mehr nach den Reichslanden selbst verlegt werden; aber wenn dies die Absicht der Regierung ist, so hätte sie dieselbe vor Allem im Etat behältigen müssen. Aber gerade das Gegegnheit ist geschehen, und ich kann den jetzigen Schritt deshalb durchaus nicht als einen solchen auffassen, der Elsaß-Lothringen seiner eigenen Selbstständigkeit übergebt. Mit dem Gesetzentwurf soll dem Landesausschuß auch eine gesetzgeberische Thätigkeit übertragen werden, und man hat zu diesem Zweck den politischen Eid des Bezirksräthen auferlegt. Zur Rechtfertigung dieses Vorgehens hat man ein altes französisches Gesetz aus dem Staube hervorholen zu müssen geglaubt. Tatsächlich hat aber jenes Gesetz in Elsaß schon seit langer Zeit keine Gültigkeit mehr, und es ist auch ausdrücklich für Frankreich durch ein Dekret vom 5. September 1870 aufgehoben worden. Trotzdem wird der politische Eid von Seiten der Regierung eingeführt, und ich bin wirklich gespannt, was sie zur Motivierung dieses Vorgehens anzuführen im Stande ist. Ein weiteres Moment ist, daß der Landesausschuß nach seiner ganzen Organisation überhaupt nicht zu gesetzgeberischen Ältern befugt ist. Er setzt sich aus den alten conseillers généraux zusammen, die nach dem alten Gesetz gewählt worden, und in Folge dessen absolut keinen Auftrag haben, die Befugnisse, welche ihnen dieser Gesetzentwurf geben will, auszuüben. Wenn man sich auf den Willen des Landes selbst beruft, so muß ich die Berechtigung hierzu befreiten, denn sowie das Land durch den Mangel an Freiheit der Presse und des Verfammlungsrechts in seiner politischen Meinung niedergedrückt ist, hat es gar keine Gelegenheit und keinen Weg, dieselbe zum Ausdruck zu bringen. Tatsächlich wird die Sache sich so verhalten: so lange der Landesausschuß entscheidet, wie es der Regierung angenehm ist, wird er als gesetzgeberischer Faktor bestehen, hat aber die Regierung entgegenstehende Entscheidungen zu erwarten, so wird sie den Ausschuß überhaupt gar nicht befragen. Die Bezirksräthe, aus denen der Landesausschuß hervorgeht, bestehen zum größten Theil aus Beamten, und was diese zu erwarten haben, wenn sie sich nicht den Wünschen der Regierung fügen, haben wir oft genug gesehen. Ich glaube auch gar nicht, daß die Regierung ernstlich die Prätension erhebt, den Ausschuß als freien gesetzgeberischen Faktor zu betrachten. Der Reichskanzler sagte vor 2½ Jahren, daß, wenn im Ausschuß dreißig solcher Männer säßen, wie die Abg. Simonis und Winterer, er nicht im Stande sein würde, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten. (Heiterkeit.) Daß dies nicht seine wahre Meinung ist, liegt wohl auf der Hand; er sucht nur die Gefährlichkeit der Situation möglichst schwarz zu malen, um den Ausschuß in der Hand behalten zu können. Der Unterstaatssekretär deutete auf die Vortheile des Zusammenhangs einer geschickten Regierung und eines gemäßigten Ausschusses hin, und er hat damit sein Ideal, sowie den künftigen faktischen Zustand mit wenigen Worten gezeichnet. Die Regierung wird dem Landesausschuß wichtige Lebensfragen überhaupt nicht vorlegen, sondern nur Finanzfragen untergeordneter Bedeutung, und wenn der Ausschuß sich hierbei negirend verhält, so wird die Regierung sagen: Nehmt euch in Acht, sonst werden euch gar keine Vorlagen mehr gebracht; die Mitglieder werden dann zustimmen, wenn auch widerwillig, um nicht in vielleicht wichtigen Fragen übergangen zu werden. Es entsteht damit die reine Kompromisspolitik. Wer wird eigentlich bei dem Gesetzentwurf gewinnen, der Reichstag, die Regierung, oder Elsaß-Lothringen? In Bezug auf den ersten sagt man allerdings, daß er entlastet werden würde. Das ist schon richtig, aber seit wann nimmt denn die Regierung überhaupt so viel Rücksicht auf den Reichstag? Ist derselbe doch schon am 22. Februar einberufen worden, ohne daß irgend welche Arbeit für ihn vorbereitet war. Und welchen Vortheil hat Elsaß-Lothringen? Es ist ja stets unser Wunsch gewesen, daß der Reichstag nicht über elsißische Angelegenheiten entscheiden sollte, weil er zu weit entfernt von den Interessen des Landes sei, aber hier hat man uns doch wenigstens gehörig und wir haben das Recht der freien Rede gehabt, das ist uns nach dem Entwurf aber vollständig abgeschnitten, denn nach diesem wird Kaiser und Bundesrat allein bestimmen, nicht aber der Landesausschuß. Weshalb giebt man uns nicht einen Landtag, wie den anderen deutschen Staaten? Die Elsäßer haben genugsam bewiesen, daß sie im Stande sind, sich selbst zu verwalten. Die Regierung allein ist es also, die von der Vorlage Vortheil zu erwarten hat. Der Unterstaatssekretär hat den Gesetzentwurf selbst als einen Honomulus bezeichnet, er selbst scheint hierbei die Rolle des Faust zu übernehmen, aber bei der Destillation des Honomulus war bekanntlich auch ein Mephistopheles zugegen. (Heiterkeit.) Aus dem Umstande, daß der Präsident des Hauses die Vorlage gleichzeitig mit unserer Anfrage auf Reorganisation der Verwaltung in Elsaß-Lothringen auf die Tagesordnung gesetzt hat, geht schon hervor, daß beide Gegenstände un trennbar zusammenhängen und einander bedingen. Präsident v. Forckenbeck konstatiert, daß jener Antrag als ein besonderer Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt sei und daß über ihn gesondert verhandelt werden würde. (Selbstverständlich halte ich die Annahme unseres Antrages für eine notwendige Vorbedingung der Annahme der Vorlage, denn ohne jenen bleibt die eiserne Diktatur unverändert bestehen. Eine Ämendierung der Vorlage behalten wir uns für die zweite Lesung vor.)

Abg. Schneegans: Ich habe nicht die Ehre, Mitglied des Landesausschusses zu sein, aber ich bin erstaunt, daß der Vorredner so viele Vorwürfe gegen denselben erhoben hat. Wir Elsaß-Lothringen haben doch eher das Interesse und das Recht, das, was in unserem Lande von Elsaß-Lothringen selbst geschieht, zu vertheidigen. (Widerspruch im Centrum; Beifall rechts und links); denn es sind unsere speziellen Landsleute im Landesausschuß, ehrenhafte Leute, welche ihre Pflicht und Schuldigkeit thun (Beifall). Wenn sie ungerecht angegriffen und angeklagt werden, werden wir sie verteidigen. Wenn der Vorredner der Regierung vorgeworfen, daß sie den Bezirkstagen den politischen Eid auferlegt habe, so begrüße ich ihn darum als Autonomisten, denn wir sind es, die dies schon lange als einen großen Fehler bezeichnet haben. Es sind dadurch viele unserer Landsleute von den Bezirkstagen geradezu ausgeschlossen worden, welche sich gern an den Angelegenheiten des Landes beteiligt hätten, woraus vielleicht das Beste für das Land hervorgegangen wäre. Aber diese falsche Maßregel ist doch nicht geeignet gewesen, dem Landesausschuß den Boden unter den Füßen wegzuziehen und ihn zu einer Versammlung zu machen, die nicht würdig wäre, die Vertretung des Landes zu führen. Der Vorredner sagt, es sind viele Beamte im Landesausschuß; ich kenne die meisten Mitglieder desselben, muß aber gestehen, daß sehr wenige Beamte darunter sind. Es wäre vielleicht besser, wenn er direkt von der Bevölkerung durch allgemeines Stimmrecht gewählt würde, während jetzt nur der Bezirkstag direkt von der Bevölkerung gewählt und dieser dann die Mitglieder des Landes-Ausschusses bezeichnet. Es ließe sich darüber streiten, ob das allgemeine direkte oder das indirekte Wahlverfahren das Bessere ist. Aber ist denn nicht in vielen Staaten, die durchaus

nicht zu den despotischen gehören, derselbe Modus angewendet worden? Ist nicht der jetzige französische Senat in dieser Weise gewählt worden? Wenn dann der Vorredner sagt: der Landesausschuß stehe nicht auf sicherer Basis, nun dann möge er uns doch unterstützen: wir begreifen ja nichts Anderes, als den Landesausschuß auf möglichst sicherem Boden zu stellen. Aus den Verhandlungen des Landesausschusses läßt sich ja auch herauslesen, daß derselbe noch nicht ein volles Gefühl seiner Selbstständigkeit habe. Aber er hat jedenfalls gehabt, was er in seiner Lage thun konnte. Der vorliegende Gesetzentwurf ist allerdings noch nicht geeignet, ihm eine feste Basis zu geben; er ist noch ein Umding; er ist nicht unser Ideal, aber wir betrachten ihn als einen wichtigen Schritt in der Richtung der vollen Selbstständigkeit. Die Sympathien, welche 1871 für Elsaß-Lothringen hier bestanden, bestehen heute nicht mehr in gleichem Umfang (Widerspruch); wir müssen uns deshalb mehr pflichten und mehr praktische und Opportunitätspolitik treiben, indem wir uns an das Bestehende anschließen. (Beifall.) Ich will dabei nur an einen Ausspruch Deak's erinnern, der für mich in meiner journalistischen Laufbahn stets ein Vorbild war: „Meine Politik ist eine Politik der Vorsicht, welche uns gebietet, immer, wo es möglich ist, einen Schritt vorwärts zu thun, aber niemals einen Schritt zurückzugehen. Auf diese Weise kommt man zwar langsam, aber sicher zum Ziel. Wenn die Volksvertreter in Wahrheit die Väter des Volkes sind, müssen sie sich die Pflicht auferlegen, die in der Politik Unverständigen darauf auferichtet zu machen, daß man keine übertriebenen Wünsche formulieren müsse. Diese Politik ist auch in Frankreich von der Republik getrieben worden und gerade der Hauptführer der Intransigenten-Partei, Gambetta, ist zu dieser staatsmännischen Opportunitätspolitik in der letzten Zeit übergegangen. Die Politik, welche sagt: „Alles oder nichts“, hat ja auch ihre Berechtigung, aber der Verstand verbietet uns, ihr zu folgen, wenn wir auch unserem Gefühl nach uns derselben anschließen könnten. Es muß in Elsaß-Lothringen etwas geschehen, es muß eine Reform angebahnt werden. Wenn sie heute hätte größer werden können, so würde ich das mit Freuden annehmen; können wir ein Mehr nicht erreichen, so nehmen wir auch das Wenige mit Dank an. Nehmen auch Sie diese Vorlage an, sonst würde man in den Reichslanden sagen, der Reichstag thut nichts für uns, er legt die Hände in den Schoß. Es ist ja für Elsaß-Lothringen schon viel Gutes geschehen und wir begrüßen mit besonderer Freude die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts. (Lebhafte Beifall.) Es ist aber auch sehr vieles schlecht gemacht worden und darauf werden auch wir die Verwaltung aufmerksam machen. Wir leiden an einem organischen Lebel, das ist unsere unbestimmte Stellung als Reichsland; wir leiden an einem Verwaltungssübel, weil die Behörden noch nicht den richtigen Zusammenhang mit dem Lande haben; wir leiden auch an einem gesetzlichen Lebel, denn wir haben so viel Gesetze, daß wir eigentlich nicht mehr wissen, was Gesetz ist. Jeder Verwaltungserlass aus Berlin wird in dem Reichsland von Instanz zu Instanz verschärft und ehe er vom Oberpräsidenten an die Prääsidenten, die Kreisdirektoren, die Polizeikommissäre und die Gendarmen kommt, wird er ganz unentstellt. Wie ihn die Gendarmen dann handhaben, können Sie wohl denken; diese Leute befinden ihren deutschen Patriotismus oft in seltsamer Weise. Als wir nach Berlin kamen, beschäftigte uns die Frage, der Optanten, wir erhielten auf unser Bestreben vom Fürsten Reichsfanzer einen Erlaß, welcher die Zurücknahme der scharfen Maßregel gegen die Optanten zusagte. Zwei oder drei Tage später erhielten die Kreisdirektoren einen Erlaß, vom 14. Februar datirt, der ihnen die strengsten Maßregeln anempfahl. (Hört! hört!) Heute früh habe ich einen Brief erhalten, worin gesagt wird, die Verhältnisse sind so, daß bei uns die Gendarmen schalten und walten, wie sie wollen. (Hört!) Diese Zustände können nicht fort dauern. Bei den Wahlen wurde in Straßburg ein Manifest veröffentlicht in welchem die deutschen Einwohner aufgefordert wurden, für den Protestantkandidaten zu stimmen, weil man wolle, daß die mächtige Hand des Fürsten Bismarck sich auf Elsaß-Lothringen lege und Ordnung schaffe. Auch wir wollen das; aber die Hand soll sich auf die Verwaltung legen und dort Ordnung schaffen. Diesen Gegetzentwurf nehmen wir an als eine Abhilfeschaltung; wenn ein Antrag aus dem Hause uns mehr Freiheit verschafft und den Gesetzentwurf ausdehnt, so würden wir das freudig akzeptiren; aber wir werden die Initiative nicht ergreifen. Wir nehmen Amt von dem Versprechen der Regierung, daß dieses Gesetz nur ein erster Schritt zu einer größeren Entwicklung unserer Verbündnis sei. Wir Autonomisten, welches Wort übrigens im Reichslande fast ein Schimpfwort geworden ist, sind nicht eine Regierungspartei, wir sind auch keine systematische Oppositionspartei; wir sagen: wir wollen einen Schritt vorwärts thun, gibt die Regierung mit, so geben wir mit der Regierung. Von dem Tage an aber, wo wir erkennen würden, der Gesetzentwurf ist nicht ein Schritt vorwärts, würden wir der Regierung Opposition machen und allein vorwärts gehen, um die Interessen und die Rechte unseres Landes auf das Beste zu vertheidigen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Gerber: Ich hätte gewünscht, daß diejenigen, die sich Autonomisten nennen, vor Allem der Verpflichtung nachgekommen wären, den armen Schelm von Landesausschuß, der völlig in der Lust schwelt, auf festen Boden und auf eigene Füße zu stellen. Das aber kann nimmer mehr auf anderem Wege geschehen, als dadurch, daß man den Landesausschuß aus allgemeinen direkten Wählwahlen hervorheben läßt. Von persönlichen Vorwürfen gegen den Landesausschuß, gegen die sich der Vorredner vermauert hat, habe ich kein Wort vernommen. Wenn ein früherer Vertreter den Ausschuß eine nicht würdige Vertretung des Landes genannt hat, so sollte das nicht etwa bedeuten, daß er aus unwürdigen Personen besteht, sondern, daß er aus einem Wahlsturm hervorgehe, das des Landes Elsaß-Lothringen unwürdig sei. Ich begrüße in dem vorliegenden Gesetz allerdings auch den guten Willen und das ländliche Streben der Regierung uns auf dem Wege der Selbstständigkeit einen kleinen Schritt vorwärts zu führen, aber ich befürchte es tief, daß hier wieder ein Provisorium geschaffen wird und daß unser Land aus dem Provisorium gar nicht herauskommt. Es wäre wohl an der Zeit, daß wir jetzt endlich das Definitivum bekämen, welches Fürst Bismarck dem Lande im Jahre 1873 versprochen hat. Ich kann mich nicht begnügen mit dem winzigen Stückchen Selbstständigkeit, das uns in dieser Vorlage geboten wird. Ich muß etwas mehr verlangen, und ich weiß, daß es in dem Können des Hauses liegt, uns dieses Mehr zu verschaffen. Wir wollen nicht, daß es uns gebe, wie Jacob, dem man nach 7 Jahren des Dienstes als Brant die schöne Rassel versprach, und als die 7 Jahre um waren, da schenkte man ihm die blinde Lea. (Heiterkeit.)

Abg. Dunder: Ich kann dem Abg. Schneegans versichern, daß die Sympathien, die bisher bei uns für Elsaß-Lothringen bestanden haben, auch heute noch in voller Stärke vorhanden sind, daß aber die Befähigung dieser Sympathien allerdings manchmal und recht schwer gemacht worden ist, weil eben die bisherigen Vertreter von Elsaß-Lothringen hier im Hause eine absolut negative und abweichende Haltung eingenommen haben (Sehr wahr!) und weil wir von ihnen vergeblich die Erfahrung erhofft hatten, daß sie sich auf den Boden der Thatsachen stellen und sich als deutsche Vertreter eines deutschen Landes betrachten. Heute kann ich mit Freuden sagen, daß Herr Schneegans durch sein Auftreten unsere Sympathien für Elsaß-Lothringen gefestigt und gestärkt und in uns die Hoffnung erweckt hat, daß es uns fortan um so leichter sein werde, die berechtigten Wünsche der Elsaß-Lothringen zur Verwirklichung zu bringen. Was nun die heutige Vorlage betrifft, so kann ich, obwohl ich gern zugebe, daß sie in ihrer Tendenz uns dem allseitig erstreuten Ziele der Selbstständigkeit der Reichslande einen Schritt näher führt, doch nicht verleugnen, daß sie geeignet ist, manigfache Bedenken hervorzurufen. Zunächst wird durch dieselbe das bisher bestandene tatsächliche Verhältnis, daß seit Einführung des Landesausschusses kein Gesetz und keine Maßregel für Elsaß-Lothringen hier im Reichstage beraten worden ist, die nicht vorher vom Landesausschuß begutachtet worden sind, und daß fast in allen Fällen der Reichstag lediglich die Beschlüsse des Landesausschusses sanktioniert hat, wesentlich alteriert. Ich würde es als einen sichereren Weg des Fortschritts betrachten, wenn lediglich dieser bisher

bestandene Zustand gesetzlich fixirt würde. Nach der gegenwärtigen Vorlage behält sich die Regierung vor, ein Gesetz entweder in Übereinstimmung mit dem Landesausschuß oder je nach der politischen Opportunität auch mit dem Reichstag zu Stande zu bringen. Ich halte dies für einen der Punkte, den wir in der Vorlage notwendig amändern müssen. Eine derartige Willkürbefugniß der Regierung, völlig frei zu bestimmen, mit welcher Körperlichkeit sie ein Gesetz verabschieden will, können wir weder im Reichstagstinteresse noch in dem von Elsaß-Lothringen gutheißen und akzeptieren. (Sehr richtig! links.) Tatsächlich sind wir doch in diesem Augenblick ein Faktor der Landesgesetzgebung für Elsaß-Lothringen, und wir haben auch im Interesse von Elsaß-Lothringen selbst die Verpflichtung, dieses Recht gegen gewisse Eventualitäten, die nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen, zu schützen und zu wahren. Die Regierung könnte es ja in der That unternehmen, in dem Landesausschuß sich ein gefügiges Werkzeug einzurichten, dem gegenüber wir sehr beklagen würden, die Rechte der Elsaß-Lothringen, soweit wir sie jetzt noch mit zu vertreten haben, preisgegeben zu haben. Die allein sichere Garantie gegen eine solche Gefahr werden wir dann finden, wenn es uns gelingt, dem Landesausschuß die Gewähr einer gesetzlich begründeten dauernden Institution zu verschaffen, und wenn wir ihm mit denselben Befugnissen ausstatten, welche die gegenwärtigen deutschen Landesvertretungen besitzen, solche sind insbesondere: Dessenliebe in seinen Verhandlungen, Unvergleichlichkeit der Abgeordneten, das Recht der Beröffentlichung wahrheitsgetreuer Berichte durch die Presse und endlich die Feststellung der Periodizität seiner Einberufung. Ich hoffe gewiß, daß hierüber ein Einverständnis im Hause sich wird erzielen lassen. Meine politischen Freunde und ich wünschen den Gesetzentwurf so umzugehen, daß die regelmäßige Form des Zusammensetzung der Landesgesetze für Elsaß-Lothringen lediglich in die Hände des Landesausschusses gelegt, und nur für außerordentliche Ausnahmen fälle die Reichsgesetzgebung eintrete. Wir halten es aber in keiner Weise für richtig und angemessen, den Reichstag zu einer bloßen Beschwerde-Instanz, zu einem Stück Regierungsmaschine zu machen, die lediglich gegen die Wünsche und die Vertretung der Bewohner der Reichslande, insofern nämlich der Landesausschuß seine Zustimmung nicht gibt, angewendet werden soll. Ich beantrage schließlich die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von Mitgliedern. (Beifall links.)

Abg. v. Hellendorf: Auch unserer Partei der (konservativen) erscheint die Bestimmung der Vorlage, wonach es lediglich dem Erreichen und der Willkür der Regierung anheimgestellt bleibt, mit wen sie die Gesetze für Elsaß vereinbaren will, als bedenklich und mindestens der vorsamten Prüfung bedürftig. Wir werden uns aber vor Allem bei der Prüfung der ganzen Vorlage vor einer übermäßig sentimental Vertrautheit ligieren gegen die Elsaß-Lothringen zu haben, welche Kräfte entfesseln möchte, für deren richtigen Gebrauch wir noch keinerlei Garantie haben. (Sehr wahr! rechts.) Dem Antrage auf Überweisung an eine Kommission kann ich nicht zustimmen, da glaube vielmehr, daß die notwendige Verständigung sich zwischen der ersten und zweiten Lesung im Hause ergeben werde. (Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. März.

r. Personalveränderungen im V. Armeecorpse. v. Löffen, Major im 1. Westpr. Gren.-Rgt. Nr. 6, als Bat.-Kommdr. in das 3. N.S. Inf.-Rgt. Nr. 50 versetzt. v. Probst, Major, aggr. dem 1. Westpr. Gren.-Rgt. Nr. 6, in das Rgt. einrangiert. Knorr, Hauptm. u. Comp.-Cpt. im 3. N.S. Inf.-Rgt. Nr. 50, unter Beförderung zum über. Major, dem Rgt. aggr. Testa, Hauptm. vom 3. Bos. Inf.-Rgt. Nr. 58, der Abschied bewilligt. Fr. v. Seden-Bibran, Prem.-Lt. v. 1. Schl. Drag.-Rgt. Nr. 4, zum Rittmeister u. Schl.-Cpt. v. 1. Schl. Drag.-Rgt. Nr. 46 der Rittmeister u. Schl.-Cpt. v. demselben Rittmeister zum Charakter als Rittmeister u. der Erlaubnis zum Tragen der bish. Uniform bewilligt. v. Truskofler u. Falenstein, Oberst-Lt. 1. D. bischer Bez.-Kommdr. des Ref.-Landw.-Bat. (Glogau) Nr. 37, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform der 1. Inf. v. 2 mit den bestimmungsm. Ab. ertheilt. Franz-Garde-Gren.-Rgts. Nr. 2 mit den bestimmungsm. Ab. ertheilt. Böttiger, Schl.-Lieut. der Landwehr-Inf. des 1. Bat. (Jauer) 2. Westpr. Landw.-Rgts. Nr. 7, zum Prem.-Lieut. befördert. Sutor, Borsdorf, Schl.-Lieut. der Landw.-Inf. vom dems. Bat. der Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen der Landwehr-Armee-Uniform bewilligt. Jungfer, Schl.-Lieut. der Landw.-Kav. vom 1. Bat. (Lauban) 2. niederschl. Landw.-Rgts. Nr. 47, der Abschied bewilligt. Wiedera, Major vom 3. niederschl. Inf.-Rgt. Nr. 50, der Abschied mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Regiments-Uniform bewilligt. v. Zlotow, Prem.-Lieut. der Landw.-Inf. des 2. Bat. (Samter) 1. pol. Landw.-Rgts. Nr. 18, der Abschied bewilligt. Roth, Schl.-Lieut. von der Landw.-Inf. des 1. Bat. (Reutomisch) 3. pol. Landw.-Rgts. Nr. 58, der Abschied mit dem Charakter als Prem.-Lieutenant und der Erlaubnis zum Tragen der Landwehr-Armee-Uniform bewilligt. Kübler, Schl.-Lieut. von der Landwehr-Infanterie des 2. Bataillon (Festung) 3. polenischen Landwehr-Rgts. Nr. 58 der Abschied bewilligt. v. Bannacki Major von der Lw.-Kav. des 2. Bat. (Schrin) 3. polenischen Landwehr-Rgts. Nr. 19 der Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform und unter Verleihung des R. A. D. Kl. bewilligt.

— Standesamt der Stadt Posen. In der Woche vom 11. bis 17. März d. J. sind zu den Standesregistern zu den Standesamtregistern anmeldet worden: 1) 46 Geburten (7 mehr als in vorhergehender Woche) und 14 männliche und 32 weibliche, darunter 5 uneheliche.

2) 39 Sterbefälle (also 11 mehr als in vorheriger Woche).

Zahl der Geborenen übertragt daher die der Gestorbenen um 7.

Von den Gestorbenen waren 20 männlich, 15 weiblich und befanden sich darunter 7 Kinder unter 1 Jahre und 4 Todgebürtigen.

3) 3 Hochzeiungen. Von diesen waren 3 rein mosaisch, 1 katholisch und 5 protestantisch.

Geborenen stammen aus evang., 26 aus lath., 4 aus mos. 7 aus mo. gemischten Ehen. Von den 39 Gestorbenen waren 11 evangelisch,

katolisch und 5 protestantisch.

Bromberg, 17. März. Oberbürgermeister Böck ist am gestrigen Tage in Potsdam zum zweiten Bürgermeister gewählt worden. Bekanntlich hatte derselbe sein bisheriges Amt mehrere Gelegenheiten, als Rechtsanwalt in der Justiz, Amtsdirektor, und später in der Rechtsanwaltskammer, in dem 1. Januar d. J. in Ruhestand getretenen Bürgermeisters Gobbin, der 50 Jahre in Diensten der Stadt Potsdam war. Zu der erledigten Stelle waren gegen 30 Anmeldungen eingegangen, und es fand daher in letzter Zeit ein lebhafte Kampf statt. Freilich waren es nur noch zwei Gruppen, die sich gegenüberstellten, von denen die eine für den Stadtrath Böckmann, der seit achtzehn Jahren als solcher dem pottdamer Magistratstkollegium angehört, lebhaft agitierte, während die andere Strömung sich für Boie interessierte, der denn auch mit sechs Stimmen über seinen Gegner siegte.

Gegenwärtige Woche.	Vorige Woche.
Wochenumsatz	35,000
desgl. von amerikanischer	23,000
desgl. für Spekulation	3,000
desgl. für Export	4,000
desgl. für wirklichen Konsum	28,000
desgl. unmittelbar ex Schiff	10,000
Wirklicher Export	3,000
Import der Woche	177,000*)
Borrath	1,073,000
davon amerikanische	751,000
Schwimmende nach Großbritannien	335,000
davon amerikanische	211,000
35,000	52,000
23,000	34,000
3,000	3,000
4,000	3,000
28,000	46,000
10,000	11,000
3,000	4,000
102,000	
937,000	
627,000	
428,000	
323,000	

*) davon 152,000 B. amerikanische.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 16. März. Nach einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ aus Cattaro von heute ist vorherstet der russische Dampfer „Lazuren“ mit Getreide und Mehl eingetroffen und soll die Ladung auf 5 gemieteten Schiffen durch den Bojanasluß nach Ost-Montenegro transportirt werden. Die türkische Festung Niksic wird über Skutari und Podgorizza verproviantirt, der Fürst von Montenegro hat die dazu erforderlichen Pferde zur Verfügung gestellt.

Wien, 18. März. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des Generalgouverneurs in Bulaest (s. z. zweiter Delegirter Österreich-Ungarns bei der konstantinopeler Konferenz) Freiherrn v. Galice und des Hofrats Freiherrn v. Schwegel zu Sektionschef im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. — Wie die „Presse“ erfährt, hat der Handelsminister den Reitze'schen Vorschlag in Betreff der Sanierung der Dux-Bodenbacher Bahn definitiv abgelehnt, weil die proponirten Modalitäten über die Rückzahlung des Staatsvorschusses den gestellten Bedingungen nicht entsprechen. — Die heute stattgehabte Konferenz der verfassungstreuen Klubs hat nach einer vierstündigen Debatte den Antrag des Abg. Sturm betreffend die Änderung des Delegationsgesetzes mit 102 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Vor der Abstimmung erklärte der Vorsitzende, daß es den Unterzeichnern des Antrages vollkommen überlassen bleibe, denselben im Abgeordnetenhaus einzubringen.

Petersburg, 17. März. Nach amtlichen Mittheilungen, welche dem „Reg.-Anz.“ aus Kischeneff zugehen, ist der Gesundheitszustand der Südmee ein durchaus befriedigender.

London, 18. März. General Ignatjeff, welcher gestern einer im auswärtigen Amt veranstalteten Festlichkeit beigewohnt hat, ist am Abend nach Hatfield abgereist. Morgen wird der General bei dem Earl of Beaconsfield diniren und am Dienstag von der Königin in Audienz empfangen werden. Die Abreise des Generals nach dem Kontinent ist nunmehr auf Donnerstag Vormittag festgesetzt.

Paris, 18. März. Der „Agence Havas“ wird aus London in Bestätigung der gestrigen Mittheilungen gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen der englischen und russischen Regierung zu einer Verständigung geführt hätten. Das Protokoll werde wahrscheinlich heute oder morgen unterzeichnet werden. Die Botschafter erwarteten hierzu die Ermächtigung ihrer Regierungen.

Paris, 16. März. Der deutsche Botschafter, Fürst Hohenlohe hat seine Abreise nach Berlin auf morgen festgesetzt.

Versailles, 16. März. [Député de la Chambre] Cassagnac führte in langer Rede aus, das Verlangen der Regierung, ihn wegen Preszvergehens zur gerichtlichen Verantwortung ziehen zu dürfen, stehe mit den republikanischen Prinzipien in Widerspruch, welche an absoluter Preszfreiheit festhielten. Dem entgegen wies Konfératpräsident Simon darauf hin, daß Cassagnac's Theorie, auf Grund von Prinzipien, die nicht die seinen seien, Freiheit in Anspruch zu nehmen, unzulässig erscheine, diejenigen, die die Freiheit liebten, würden sonst das Opfer derjenigen sein, von welchen entgegengesetzten Ansichten gehabt werde. Nach einer langen Debatte beschloß die Kammer mit 296 gegen 197 Stimmen, der Regierung die verlangte Ermächtigung zur Verfolgung Cassagnac's zu ertheilen. Die Intriganten stimmten mit der Rechten gegen den Antrag auf Verfolgung.

New-York, 17. März. Der Dampfer „Mosel“ vom norddeutschen Lloyd ist heute hier angekommen.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 155. k. preuß. Klassen-Lotterie.
(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Berlin, 17. März. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

6 12 61 103 42 48 80 378 410 50 554 97 652 (300) 78 722
 33 68 899 965 66 71 1019 41 150 (300) 56 (600) 67 69 222 62 65
 370 457 554 627 712 68 835 41 912 (300) 35. 2087 144 65
 204 32 56 73 97 316 32 95 442 59 68 549 89 784 (300) 833 82.
 3096 127 215 (300) 65 348 52 68 447 61 510 44 627 36 80 715
 92 95 83 908 27 97 98. 4000 70 112 35 99 218 (300) 303
 62 98 429 (300) 568 97 631 63 82 723 71 832 58 921 (1500) 25
 75. 5041 133 37 (300) 85 401 52 53 508 98 652 761 808 (1500)
 12 19 28 (300) 904 66 87. 6016 37 57 63 185 95 234 47 64 313
 90 467 73 94 (300) 598 620 49 83 88 779 92 801 (300) 445 80
 (300) 936 46. 7019 29 78 109 10 50 219 74 347 404 49 573 (600)
 607 37 53 73 74 752 802 19 44 67 915. 8027 58 137 66 277
 305 21 70 87 (1500) 403 (300) 10 24 40 54 55 96 603 718 84 805
 931. 9099 138 233 (1500) 36 (300) 37 81 360 451 95 519 62 805
 681 (600) 711 42 68 93 819 78 911 37.

10003 10 41 203 91 317 21 433 500 57 655 704 27 (600) 58 842
 62 76. 11033 43 101 220 96 407 500 (600) 4 21 658 (300) 69 79 780
 82 (300) 848 59 (1500) 78 971. 12067 98 106 (300) 54 (1500) 228 374
 (300) 88 420 22 44 567 (3000) 80 629 42 770 80 92 803 21 (300) 999.
 13079 (300) 107 222 (300) 58 345 424 (300) 54 61 578 (300) 619 703
 45 (300) 808 10 27 30 900 43 (300). 14001 62 82 141 88 228 31 324
 30 35 (300) 445 73 87 (600) 500 12 35 610 38 (600) 87 700 (300) 51
 79 824 87 926 53. 15132 99 203 8 78 309 76 484 505 57 94 618 765
 812 64 77 85 91 27. 16117 61 231 41 70 94 376 452 697 743 832
 48 961. 17035 58 103 4 (300) 35 (600) 62 201 (600) 62 76 328 420 40
 (300) 77 (1500) 90 505 685 726 837 54 72 902 17 55 56 74 87 94.
 18087 298 356 443 50 51 (1500) 550 53 644 (600) 708 (3000) 37 862
 66 904 17. 19022 (300) 35 64 183 259 80 415 (300) 49 599 727 68
 (300) 96 849 (300) 74 980.

20028 43 87 (300) 112 79 223 72 335 488 566 614 22 38

772 (300) 816 (3000) 934 52. 21036 43 53 104 39 52 251 62 94 310 51 (600) 53 59 86 526 96 629 62 784 85 833 56 913 31 (300) 45 (300) 68 74. 22024 30 85 142 63 290 (300) 93 (600) 350 55 87 418 (300) 505 24 42 (600) 63 644 726 912 39 73. 23012 85 130 (600) 75 80 255 56 91 (300) 356 61 92 436 (300) 85 525 58 92 649 52 86 720 58 75 (600) 80 918 45 48 82. 24086 100 31 227 31 369 535 (600) 608 17 26 82 703 (3000) 8 (1500) 46 837 99. 25084 58 98 158 269 78 99 362 98 441 (300) 66 (300) 537 51 53 95 652 77 724 55 848 965 (300). 26006 20 114 19 30 (3000) 80 273 363 (600) 70 94 (300) 95 436 56 58 502 (300) 79 97 754 866 95 933 (300). 27046 55 70 87 (1500) 95 (300) 151 85 87 329 411 526 (600) 44 92 642 62 65 72 (300) 83 717 26 39 66 72 84 810 15 34 44 904. 28005 (600) 22 44 141 203 11 (1500) 17 82 86 (3000) 450 78 501 (3000) 5 41 81 632 36 751 70 913 14 (300). 29011 19 21 67 103 (300) 14 1 (300) 243 47 313 23 443 59 94 552 624 (3000) 704 64 97 807 926 (300) 82. 30095 104 22 58 (300) 99 304 (300) 72 408 72 78 509 14 (600) 53 783 96 (1500) 846 956. 31019 65 79 80 117 45 50 61 97 250 322 40 436 39 (300) 41 60 87 514 21 75 84 (300) 647 51 90 708 18 50 93 804 28 30 955 59 75. 32075 118 20 22 (3000) 238 (1500) 41 600 72 355 60 (300) 435 57 81 547 52 608 56 740 52 816 973 83. 33017 18 202 42 333 411 56 62 71 543 46 52 56 (300) 624 25 37 (300) 79 (1500) 738 (1500) 863 65 917 40 71 77. 34016 85 110 (1500) 64 229 35 36 98 303 44 75 501 (300) 88 94 601 32 851 54 (600) 64 82 (600) 912 (300). 35068 162 78 208 (600) 360 447 (300) 588 694 (3000) 725 95 99 834 35 905 50 91. 36043 48 54 83 170 72 200 34 56 57 358 92 425 33 59 (600) 97 518 19 (300) 615 46 78 709 59 927 (3000) 62 91. 37028 102 58 67 255 83 306 (1500) 27 (3000) 29 407 47 90 91 (300) 92 630 47 (600) 756 (1500) 69 909 14. 38079 143 (300) 59 307 44 (1500) 62 477 84 545 92 618 721 864 65 67 902 13 58 99. 39003 33 90 102 11 58 227 (3000) 81 91 302 18 (600) 73 (300) 467 562 66 616 54 713 42 848 57. 40002 5 (3000) 42 71 (300) 107 12 40 96 99 (300) 227 40 46 332 69 88 96 448 71 79 90 527 30 (300) 45 70 71 607 (300) 14 44 809 17 34 956. 41173 94 99 224 25 27 348 400 38 (600) 820 21 82 87 905 16. 42095 144 227 45 61 305 15 28 43 415 664 83 99 (300) 738. 43035 51 (600) 62 70 82 131 44 83 222 321 481 501 15 634 39 62 70 788 364 40 914 93. 44019 30 (1500) 85 125 233 345 407 55 575 643 48 706 803 900 91. 45016 (1500) 25 41 205 6 50 372 529 45 46 (1500) 54 654 69 702 832. 46084 104 67 208 61 77 334 48 430 (300) 49 (300) 71 97 585 614 61 97 808 48 93. 47052 209 314 27 457 (300) 96 574 78 636 760 61 837 47 58 965 74 88 94. 48052 (600) 87 144 229 357 74 (1500) 401 8 21 585 623 91 826 910 14. 49058 80 95 120 97 (3000) 278 96 415 97 511 90 645 (3000) 745 802 6 21 26 963 68. 50039 (300) 49 52 76 (300) 118 80 215 54 319 (300) 39 439 (3000) 599 (1500) 741 869 (600) 975 (300). 51036 (1500) 56 143 95 228 32 76 443 (600) 98 (1500) 507 54 57 82 97 602 86 90 (600) 790 (600) 800 42 (600) 55 94 99 908 25. 52008 140 218 68 83 362 428 510 66 (300) 692 (1500) 721 50 811 39 918 33 41. 53026 84 93 118 31 37 66 88 210 30 84 362 403 12 74 90 811 71 93 (600) 939. 54046 57 97 145 75 296 312 54 57 404 54 531 78 85 680 737 52 847 924 58. 55064 (300) 152 89 (3000) 252 54 344 66 401 12 76 631 (3000) 726 40. 56106 7

Produkten-Börse.

Berlin, 17. März. Wind: NW. Barometer: 27.8. — Thermometer: — 3° R. Witterung: veränderlich.

Weizen lolo per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Dual. gef., per diesen Monat —, per April—Mai 220,00—219 bez., per Mai—Juni 221—220,5 bez., per Juni—Juli 223—222,5 bez., per Septbr.—Oktbr. 214,5 bez. — Roggen lolo per 1000 Kilogr. 153—184 nach Qualität gef., russischer 162—162,5 ab Boden bez., neuer do. 153—163,5 do. poln. — inländischer 176—183 ab Bahn bez., defetter — do., per diesen Monat 162 bez., per März—April do., per April—Mai 163,00 bis 162,5 bez., per Mai—Juni 159,5—159,00 bez., per Juni—Juli 159—158,5 bez. — Gerste lolo per 1000 Kilg. M. 110—183 nach Qualität gef., — Hafer lolo per 1000 Kilogr. 120—167 nach Dual. gef., ost u. westpreußischer 135—152, russischer 125—145, neuer pommerscher 158—160, neuer schles. 153—160, galizischer —, böhm. 157—160, ungar. 138—140, defetter —, per diesen Monat —, per April—Mai 149,5 bez., per Mai—Juni 151,5 bez., per Juni—Juli 153,00 bz., per Juli—August —, — Erbsen per 1000 Kilgr. Kochware 151—186 nach Dual. Futterware 135—150 nach Dual. Raps per 1000 Kilogr. —, — Rüben —, — Leinöl lolo per 100 Kilo 100 Kilogramm ohne Fäss 60,00 M. — Rübbel per 100 Kilogr. lolo ohne Fäss 64,5 bez., mit Fäss per diesen Monat 65,00 bez., per März—April do., per April—Mai 64,8—65,2—65, bez., per Mai—Juni 65—65,4—65,3 bez., per Juni—Juli —, — per September—Oktbr. 65,9—66,00 bez., per Oktober—November —, — bez. — Petroleum (raff.) (Stand white) per 100 Kilogr. mit Fäss lolo 34,00 bez., per diesen Monat 29,2 bz., per März—April 28,5 bz., per April—Mai 28,5 bez., per September—Oktbr. 30,5 bez. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. lolo ohne Fäss 53,00 bez., lolo mit Fäss —, — per diesen Monat —, — bez., per März—April —, — bez., per April—Mai 54,0—54,4—54,2 bez., per Mai—Juni 54,5—54,9—54,7 bez., per Juni—Juli 55,5—55,9—55,7

Berlin, 17. März. Die Meldungen aus London hatten durchaus friedlich gelautet; die Abrüstung der russischen Armee erschien in sicherer Aussicht, und die westlichen Plätze fanden recht feste Haltung. Besonders angeregt eröffnete der Rentenmarkt, welcher gestern in Hause geschlossen hatte. Die Spekulation, welche sich bisher den festverzinslichen fremden Anleihen fast ganz fern gehalten hatte, nahm heute lebhaft an der Steigerung all dieser Papiere Theil. Im Vordergrunde stand österreichische Goldrente, welche 1 pCt. über den gestrigen Schluss einigte und rasch von 63 auf 63 stieg. Ebenso fanden in Papier- und Silberrente sehr bedeutende Umfänge statt, an welche sich auch nachher russisch-englische Anleihen und Italiener bei

Fonds- u. Aktien-Börse. Pomm. III. r. 100 b 100,75 bz G

Berlin, den 17. März 1877. Preu. B.-G.-B.-Bd. 5 100,25 G

Preußische Bonds und Geld-Course.

Konsol. Anleihe 4 104,10 bz

do. neue 1876 4 95,60 bz

do. Anleihe 4 96,00 bz

Staats-Schildg. 3 92,30 bz

do. (1874) 5 91,40 bz

Pr. Hyp.-A. B. 120 4 99,25 bz G

Pr. C.-B.-Pfd. Bd. 4 100,60 G

do. unf. rückg. 110 5 107,50 bz

do. (1872 u. 74) 4 97,00 bz

do. (1872 u. 73) 5 96,00 bz

do. (1874) 5 95,60 bz

Pr. Hyp.-A. B. 120 4 99,25 bz G

Pr. C.-B.-Pfd. Bd. 4 100,60 G

do. unf. rückg. 110 5 107,50 bz

Ob.-E.-B.-Bd. 4 100,75 bz

Berl. Stadt-Obl. 4 102,40 B

do. do. 3 93,00 bz

Staats-Anleihe 4 104,10 bz

do. do. 4 95,60 bz

do. do. 4 96,00 bz

do. do. 4 92,30 bz

do. do. 4 94,30 bz

do. do. 4 103,50 G

do. do. 4 101,90 bz

do. do. 4 95,50 bz

do. do. 4 95,60 bz

do. do. 4 94,25 bz

do. do. 4 101,80 bz

do. do. 4 94,20 bz